



Flüchtlingskrise: Der Niedergang Deutschlands droht

Hauptursache der Flüchtlingsströme aus dem Nahen und Mittleren Osten sind die von der westlichen Militärallianz verursachten Kriege und die desolaten Zustände in weiten Teilen der Welt.

Daher ist das, was Europa derzeit erlebt, noch gar nichts! Die Völkerwanderung wird von Jahr zu Jahr immer größere Ausmaße annehmen.

In diesen Tagen offenbaren sich langsam die Folgen eines Staatsversagens von Bund und Ländern von bisher nie gekannten Ausmaßen.

„Refugees welcome“ - die sozialen Standards und viele weitere Errungenschaften unseres Landes sind weltweit bis zur letzten Siedlung Asiens und Afrikas durchgedrungen. Sie erzeugen eine gigantische Sogwirkung auf Hunderte Millionen Wanderungswilligen.

Weil der Bund nicht in der Lage ist reicht er die Menschen - in Form von unbearbeiteten Asylanträgen, überlasteten Aufnahmelagern und nur sporadischer Abschiebung - an die Länder weiter. Weil die Länder nicht in der Lage sind, ausreichende Kapazitäten vorzuhalten, sich gleichzeitig nicht imstande sehen, ihrerseits konsequent abzuschieben, landet das Problem noch weiter unten. Die Kommunen müssen ausbaden, was Bund, Länder und EU anrichten.

Das diese unregelmäßigen und chaotischen Zustände in den Flüchtlingsunterkünften nicht in ein Desaster ausgeartet sind, haben wir den vielen Ehrenamtlichen, den aktiven aus Verwaltung und Polizei zu verdanken. Dafür gebührt ihnen allerhöchsten Respekt und Anerkennung.

Parteisoldaten und Gutmenschentum - wacht endlich und auf schaut auf die Realität!

Lt. Fr. Nahles sind nur ca. 10% der Neubürger für unseren Arbeitsmarkt brauchbar. 90% werden demzufolge auf unabsehbare Zeit im sozialen System verbleiben.

Aber jetzt geht es nicht mehr nur ums Geld, sondern um weit mehr: um staatliche Strukturen, um kulturelle Identität, um innere Sicherheit, und schlicht um die Unmöglichkeit, Millionen von Flüchtlingen so zu beherbergen, wie es die Gestalter des „Sozialparadieses Deutschland“ von sich selbst erwarten.

Die Forderung des „Deutschen Landkreistages“ müsste möglichst gestern umgesetzt werden: „In Grenznähe müssten von den Ländern ausreichend dimensionierte Aufnahmeeinrichtungen geschaffen werden, in denen Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Ausländerbehörden und der Verwaltungsgerichte anzusiedeln wären“ erklärte der Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Henneke am 21.8.. Er spricht sich gegen die Verteilung von Asylbewerbern auf die Kommunen aus und für die Aussetzung des Schengen-Abkommens, um wieder eine Konzentration der Kontrollen an den Außengrenzen der Bundesrepublik zu ermöglichen (vgl. FAZ vom 22.8.).

Dazu müssen konsequente Rückführungen von Ausreisepflichtigen zwingend sein.



Flüchtlingskrise: Der Niedergang Deutschlands droht

Die EU war von vornherein als sozialistisches Umverteilungsexperiment angelegt, wobei Deutschland die Rolle als Hauptzahler zugedacht war. Nun, da auch den Profiteuren der EU »Solidarität« abverlangt wird, berufen sie sich auf ihre nationale Souveränität und den Willen ihrer Völker. Aber kann man ihnen das verübeln?

Die deutsche Politik, noch immer im Schuldkomplex befangen, hat immer gerne das Geld ihrer Bürger an andere Staaten verteilt. Aber jetzt geht es nicht mehr nur ums Geld, sondern um weit mehr: um staatliche Strukturen, um kulturelle Identität, um innere Sicherheit, und schlicht um die Unmöglichkeit, Millionen von Flüchtlingen so zu beherbergen, wie es die Gestalter des Sozialparadieses Deutschland von sich selbst erwarten. Dass fast alle Flüchtlinge zu uns wollen, ist kein »Kompliment«, wie die Kanzlerin behauptete, sondern ein Beweis für unsere Dummheit.

Vor wenigen Jahren gestand Angela Merkel noch ein: »Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!« Nun treibt sie das Projekt Multikulti-Deutschland in atemberaubendem Tempo voran.

Wenn fast alle anderen EU-Staaten mit guten Gründen versuchen, möglichst wenige Flüchtlinge aufnehmen zu müssen (von muslimischen Ländern wie dem reichen Saudi-Arabien ganz zu schweigen), dann sollte sich das »Hurra, die Flüchtlinge kommen« - Deutschland einmal überlegen, ob wirklich am deutschen Wesen die Welt genesen soll, oder ob man nicht selbst derjenige ist, der falsch liegt.

Gewiss, die meisten Flüchtlinge befinden sich – noch! – in der Türkei und im Libanon; aber dort gibt es Lager in unwirtlichen Steinwüsten, größtenteils von internationalen Hilfsorganisationen finanziert; dort werden nicht den einheimischen Steuerzahlern Milliardenbeträge für eine Rundumversorgung inklusive ärztliche Behandlungen, sozialtherapeutische Begleitung und Taschengeld abgepresst. Erst jetzt, wo die Überforderung mehr als deutlich ist, versucht die Bundesregierung zu retten, was noch zu retten ist, aber es ist viel zu spät.

Die deutsche Politik hat mit ihrer unkontrollierten Aufnahme der Massen einen irreparablen Fehler begangen. Es ist unvermeidlich, dass auf diese Weise auch Kriminelle und Terroristen ins Land gekommen sind. Auch der Anteil an Muslimen an der Bevölkerung hat sich dadurch signifikant erhöht. Die Integration vieler Menschen dieses Glaubens ist bereits in den vergangenen Jahrzehnten gescheitert, und zwar in allen europäischen Staaten, die sie in größerer Zahl aufgenommen haben.

Wer glaubt, das würde sich nun ändern, ist mehr als naiv. Es sind Parallelgesellschaften entstanden, ganze Stadtteile zu rechtsfreien Räumen geworden, deutsche Schüler finden sich in vielen Klassen als, oft schikanierte, Minderheit wieder. Diese Probleme werden sich verschärfen. Je größer eine Bevölkerungsgruppe ist, desto geringer erscheint ihr die Notwendigkeit der Integration.

Die Forderungen der Islamverbände werden noch häufiger und lauter werden, ein Apartheidsystem wird entstehen, wie es die deutsche Politik einst so sehr an Südafrika kritisiert hat. Getrennte Badezeiten in Schwimmbädern, getrennte Friedhöfe, getrennte Feiertagsregelungen, kein Schweinefleisch, keine kurzen Röcke, nichts, was falsch verstanden werden könnte – das ist erst der Anfang des Rückzugs der christlich-abendländischen Kultur.



Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger

Aktuelles zur Völkerwanderung

am 16. September 2015



In kaum einem anderen Land der Erde wird Sicherheit so groß geschrieben wie in Deutschland, und ausgerechnet dieses Land setzt nun seine Bevölkerung unkalkulierbaren Risiken aus!

In Schweden, dem zweiten Gutmenschen-Land Europas, ist die Anzahl der Vergewaltigungen zwischen 1975 und 2014 um unfassbare 1472 Prozent gestiegen, und die Kurve verläuft parallel zur Anzahl der bewilligten Asylanträge. (...)

Schon vor der Masseninvasion der jüngsten Zeit war immer wieder von Straftaten durch Asylbewerber zu lesen, von Gewalttaten und Beleidigungen, von Diebstählen und Drogenhandel. Die meisten Brände in Flüchtlingsheimen wurden von Bewohnern verursacht, und bei Demonstrationen geht die Gewalt meistens von den linken Unterstützern aus. Aber als »Pack« und »Mob« werden nur die rechten Demonstranten bezeichnet. Sie werden auch zu Recht haftbar gemacht, wenn sie Schaden anrichten – den Schaden, den Flüchtlinge verursachen, darf dagegen, je nachdem, das Opfer oder der Steuerzahler begleichen.

Wir haben längst eine »positive Diskriminierung« von Flüchtlingen. Mit wenigen Ausnahmen können sie im Grunde hier tun, was sie wollen, ohne abgeschoben zu werden. Und wenn sie denn einmal vor Gericht kommen, finden sich meistens vorgebliche mildernde Umstände (andere Kultur, Traumatisierung), die ihnen die verdiente Haftstrafe ersparen.

Die Bundesregierung wird alle Hände voll zu tun haben, die steigenden Kriminalitätsraten mit statistischen Tricks zu verschleiern und durch erleichterte Einbürgerungen den Ausländeranteil an der Kriminalität zu senken. »Migrationshintergrund« wird ja in der Kriminalstatistik wohlweislich nicht erfasst, und Verbrechen innerhalb der Parallelgesellschaften gehen ohnehin selten in die Statistik ein, da sie nicht angezeigt werden.

Viktor Orbán hat es ganz richtig gesagt: Wer aus einem sicheren Land einreist, der ist kein Flüchtling mehr, oder allenfalls ein Wirtschaftsflüchtling. Es besteht weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung Deutschlands, Menschen aufzunehmen, die aus Österreich kommen. Vielmehr besteht eine Verpflichtung der eigenen Bevölkerung gegenüber, sie vor Einwanderung in die Sozialsysteme zu schützen – und natürlich vor Kriminalität und Terrorismus, die im Schutz der Masse mit einwandern.

Selten hat die Regierung eines demokratischen Landes so unverantwortlich und so gegen die Interessen des eigenen Volkes gehandelt wie die deutsche Bundesregierung. Spätestens wenn eine Steuererhöhung unvermeidbar wird oder wenn die erste Bombe explodiert, spätestens dann ist der Zeitpunkt zum Rücktritt gekommen. Aber am besten jetzt sofort. Angela Merkel und alle Minister, die sie unterstützt haben, haben ihren Amtseid gebrochen. Sie haben nicht den Nutzen des deutschen Volkes gemehrt und Schaden von ihm gewendet, sondern das genaue Gegenteil getan.